

Positionierung zur Bundestagswahl 2025:

Was wäre Deutschland ohne Migration?

Deutschland braucht eine andere Migrationsdebatte – sachlich, gerecht, zukunftsorientiert

Die deutsche Gesellschaft ist längst eine Einwanderungsgesellschaft, dennoch wird Migration im Wahlkampf 2025 erneut als politische Angriffsfläche genutzt. Statt sachlicher Debatten dominieren einfache und pauschale Schuldzuweisungen, als ob Einwanderung Deutschland schaden würde.

Doch die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Bereits 2019 hatten 21,2 Millionen der insgesamt 81,8 Millionen Einwohner*innen Deutschlands eine Einwanderungsgeschichte: Das sind 26 Prozent der Bevölkerung. Migration ist kein Randthema, sondern gesellschaftliche Notwendigkeit. Wer heute noch so tut, als könne Deutschland ohne Einwanderung zukunftsfähig bleiben, verkennt die Fakten.

Fakten statt Polemik

Menschen kommen aus unterschiedlichen Gründen nach Deutschland: zum Arbeiten, zum Studieren, für ihre Familien oder sind auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung. Doch während Einwanderung ein zentraler Bestandteil der gesellschaftlichen Entwicklung und notwendig ist, bleibt die politische Diskussion davon geprägt, wer sich dauerhaft niederlassen darf. Häufig wird dabei eine künstliche Trennung zwischen Flucht- und Arbeitsmigration gezogen, die den Blick auf das Wesentliche verstellt: Nämlich die menschliche Würde, für die das deutsche Grundgesetz steht. Migration ist nicht nur Realität, sie ist auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Deutschland steht vor einem massiven Fachkräftemangel, der ohne Einwanderung nicht zu bewältigen ist. Dennoch wird Menschen mit Einwanderungsgeschichte häufig der Zugang zu Arbeitsplätzen, politischer Mitbestimmung und gesellschaftlicher Teilhabe erschwert. Dabei zeigen Studien längst, dass Vielfalt Innovation fördert, Wirtschaftswachstum stärkt und gesellschaftlichen Zusammenhalt begünstigt.

Wahlkampf darf Migration nicht zur Zielscheibe machen

Trotz dieser Fakten wird Migration immer wieder als Krise inszeniert. Dabei geht es längst nicht mehr um Lösungen, sondern um politische Stimmungsmache. Anstatt Migration als Ursache für Missstände zu instrumentalisieren, muss sich die Politik mit den tatsächlichen Herausforderungen beschäftigen: gerechte Bildungschancen, gleiche politische Rechte und eine konsequente Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung.

Wir fordern eine Migrationspolitik, die sich nicht an Ängsten orientiert, sondern an Fakten und Zukunftsperspektiven.

Daher fordern wir diese 10 Punkte:

1. Eine humane Asylpolitik, die Schutzbedürftige menschenwürdig aufnimmt
2. Gerechte Bildungschancen für alle, unabhängig von Herkunft und Status durch ein migrationssensibles, mehrsprachiges und rassismuskritisches Bildungssystem
3. Faire Arbeitsbedingungen und Teilhabe, insbesondere im Öffentlichen Dienst und Vermeidung von Ausbeutung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte
4. Gleiche politische Rechte für alle, um echte Demokratie zu ermöglichen, u.a.: (kommunales) Wahlrecht für alle
5. Die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung, um gesellschaftliche Teilhabe zu sichern. Dafür sollte ein Antidiskriminierungs- bzw. Antirassismugesetz verabschiedet werden und alle bestehenden Gesetze diskriminierungskritisch überprüft werden.
6. Ein Pakt für eine vielfältige Gesellschaft, die Integration als gemeinsame Aufgabe begreift
7. Ein modernes Einwanderungsgesetz, das Fachkräftemangel und Ausbildung zusammendenkt
8. Globale Gerechtigkeit und Umweltverantwortung, um Migrationsursachen anzugehen
9. Die Bekämpfung von Armut, um sozialen Zusammenhalt zu stärken
10. Die Anerkennung und Finanzierung migrantischer Organisationen, die als Brückenbauer in der Gesellschaft wirken

Deutschland kann es sich nicht leisten, Migration weiterhin als Bedrohung darzustellen. Die Bundestagswahl 2025 darf kein Schauplatz populistischer Angstmacherei sein, sondern ein Signal für eine zukunftsgerichtete, gerechte und humane Migrationspolitik. - Migration ist nicht das Problem, sondern ein wichtiger Teil der Lösung.

